

# Die Schweiz ist bereit, zu verhandeln

**Das neue DBA mit der Schweiz wird laut Regierungschef Klaus Tschütscher Anfang 2014 oder 2015 in Kraft treten. Schon in den kommenden Wochen sollen die Verhandlungen über die Einführung einer Quellensteuer für Grenzgänger aus der Schweiz beginnen.**

*Vaduz.* – Der FL-Abgeordnete Pepo Frick und FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser erkundigten sich im Rahmen zweier Kleiner Anfragen nach dem Stand der Verhandlungen über eine Quellensteuer für Schweizer Grenzgänger. «Eine solche Quellensteuer soll widerspruchsfrei und gerecht sein, auch für in der Schweiz lebende AHV-beziehende ehemalige Grenzgänger und für die 16 in Liechtenstein lebenden pensionierten Schweizer Zoll- und Grenzwächter», führte Frick aus. Er wollte insbesondere wissen, ob die Anliegen der ehemaligen Grenzgänger, die in der Schweiz leben und eine Rente aus Liechtenstein beziehen, berücksichtigt worden sind, damit die AHV-Renten künftig nicht doppelt versteuert werden müssen.

## **Einnahmen sind schon eingeplant**

Laut Johannes Kaiser listet die Regierung die Einnahmen von 20 Millionen Franken bereits in der Finanzplanung auf. Daher fragte er, ab wann die 20 Millionen Franken jährlich fließen werden. Er wollte zudem wissen, ob der Schweizer Bundesrat grundsätzlich grünes Licht für die Einführung einer Quellensteuer gegeben hat, ob er gesprächsbereit ist, wie weit die Verhandlungen fortgeschritten sind und wann die Verhandlungen abgeschlossen werden sollen. Ausserdem



**Die Verhandlungen beginnen in den kommenden Wochen:** Regierungschef Klaus Tschütscher informierte über den Stand bei der Einführung einer Quellensteuer für Schweizer Grenzgänger.

Bild Daniel Schwendener

interessierte er sich für Mitglieder der Verhandlungsdelegation und ob der Bankenverband und die Treuhändervereinigung eingebunden sind.

## **Neuregelung für Grenzgänger**

Regierungschef Klaus Tschütscher führte in seiner Antwort aus, dass Liechtenstein und die Schweiz im April 2012 beschlossen haben, Verhandlungen über den Abschluss eines umfassenden Doppelbesteuerungsab-

kommens (DBA) aufzunehmen. «Die DBA-Verhandlungen werden auf Basis des gemeinsamen Willens zur Weiterführung der strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern geführt und haben die Revision des bestehenden «Rumpf-Abkommens und dessen Ausweitung auf ein umfassendes DBA nach OECD-Standard zum Ziel», sagte Tschütscher. Im September habe ein erstes Treffen stattgefunden, bei welchen die inhaltlichen

Eckpunkte DBA-Verhandlungen diskutiert und festgelegt worden seien: «Die aus liechtensteinischer Sicht zu regelnden Punkte sind dabei insbesondere eine weitestgehende Entlastung von der Quellensteuer beziehungsweise Verrechnungssteuer auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, eine Regelung zur Abkommensberechtigung von liechtensteinischen Vermögensstrukturen, klare und vernünftige Bestimmungen zur Ver-

hinderung der missbräuchlichen Anwendung des Abkommens sowie eine Neuregelung zur Besteuerung der Grenzgänger.»

## **Keine abschliessenden Prognosen**

Die Schweiz hat laut Tschütscher Verhandlungsbereitschaft hinsichtlich aller Eckpunkte signalisiert. «Die technischen Verhandlungen werden im Lauf der nächsten Wochen aufgenommen werden. Hinsichtlich des Abschlusses der Verhandlungen lassen sich derzeit keine abschliessenden Prognosen geben. Mit einem Inkrafttreten des neuen DBA ist je nach Verlauf nicht vor dem 1. Januar 2014 oder dem 1. Januar 2015 zu rechnen», so Tschütscher. Ausserdem hätten die beiden Staaten vereinbart, auch über weitere sozialversicherungsrechtliche Fragen Gespräche aufzunehmen.

## **Anliegen der Verbände berücksichtigt**

Die liechtensteinische Verhandlungsdelegation werde von der Leiterin der Stabsstelle für Internationale Finanzplatzagenden (Sifa) geleitet. Mitglieder der Delegation seien ausserdem weitere Expertinnen und Experten der Steuerverwaltung. «Die Verbände, darunter auch der Bankenverband und die Treuhändervereinigung, waren und sind im Rahmen einer Expertengruppe eng in die Ausarbeitung der Eckpunkte der Verhandlungsposition, der Verhandlungsziele und die Abwägung verschiedenster Auswirkungen eines umfassenden Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz eingebunden», antwortete Tschütscher. Die Regierung, welche die Anliegen der Verbände bei der Mandatsverteilung berücksichtigt habe, lege auch im weiteren Verlauf der Verhandlungen grossen Wert auf den Einbezug der Verbände, betonte er. (pd/sb)